

## CH\_VB 87.512 vom 23. Juni 1988

Bundesverwaltung, 1988-06-23, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_87.512](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_87.512)

FR: CH\_VB 87.512 du 23 juin 1988

IT: CH\_VB 87.512 del 23 giugno 1988

### Volltext

23. Juni 1988 887 Motion (Hofmann)-Nebiker #ST# 87.512 Motion (Hofmann)-Nebiker Pharmaziestudium Réforme des études de pharmacie Wortlaut der Motion vom 19. Juni 1987 In Weiterführung des 1972 verfassten Bloch-Berichtes zur Reform des Pharmaziestudiums wird der Bundesrat beauftragt, eine Fachkommission zu bilden und dieser die Aufgabe zu übertragen, aufgrund neu ausformulierter Ausbildungsziele einen zeitgemässen Anforderungskatalog für das Pharmaziestudium zu erstellen. Insbesondere soll sie prüfen, welche neuen Erkenntnisse im Interesse der Arzneimittelsicherheit und der Forschung in das Pharmaziestudium einfließen und welche Voraussetzungen gegeben sein müssen für eine optimale Lehr- und Forschungstätigkeit in der Schweiz. Texte de la motion du 19 juin 1987 Le Conseil fédéral est chargé de poursuivre le travail entrepris en 1972 avec la rédaction du rapport Bloch pour une réforme des études de pharmacie en créant une commission d'experts chargée de répertorier les exigences auxquelles doivent répondre les études de pharmacie à l'heure actuelle en se fondant sur les nouveaux objectifs de la formation. La commission devrait en particulier examiner quelles sont les connaissances nouvelles dont il convient de tenir compte dans les études de pharmacie pour augmenter la sûreté des médicaments et pour faire avancer la recherche. Il faudrait aussi qu'elle définisse les conditions requises pour que la recherche et l'enseignement en Suisse puissent se faire dans des conditions optimales. Mitunterzeichner - Cosignataires: Aliesch, Allenspach, Aubry, Auer, Basler, Blunschy, Bonny, Bürer-Walenstadt, Camenzind, Cavadini, Cincera, Darbellay, Dünki, Eisenring, Geissbühler, Hunziker, Iten, Künzi, Landoli, Loretan, Lüchinger, Mauch, Mühlemann, Müller-Scharnachtal, Nebiker, Neukomm, Oester, Ogi, Risi-Schwyz, Rubi, Ruckstuhl, Schmidhalter, Schnyder-Bern, Seiler, Stamm Judith, Wick, Wyss, Zehnder, Ziegler, Zwygart (40) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Mit Dekret von 24. März 1971 ernannte der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern eine Kommission für eine Reform des Pharmaziestudiums («Bloch-Kommission»). Diese legte dem Bundesrat am 18. Mai 1972 schriftlich Bericht ab und empfahl eine Erneuerung der Apothekerausbildung. Die neue Prüfungsverordnung trat im Herbst 1980 in Kraft. Als wichtigsten Grund für eine Reform des Pharmaziestudiums nannte die Kommission damals das geänderte Berufsbild: Der Apotheker ist «der eigentliche Fachmann des Medikamentes» und damit «der Berater der Öffentlichkeit und der Ärzte in Fragen des Medikamentes». Die Entwicklung, welche die Pharmazie seit der Vorlage des «Bloch-Berichtes» genommen hat, gibt den Autoren in den wesentlichen Teilen ihrer Feststellungen und Forderungen recht. Um so bedauerlicher ist die Tatsache, dass 1980 nur ein Teil der von der Fachkommission unterbreiteten Vorschläge Aufnahme in die neue Prüfungsverordnung fand. 1984 kam der Schweizerische Wissenschaftsrat in einer «Stellungnahme zu den Problemen im Sachbereich Pharmazie» zu folgender Feststellung: «Die entsprechenden Bestrebungen sind tatsächlich in eine neue Verordnung über die Apothekerprüfung ausgemündet, die freilich im Vergleich zur

früheren Reglementierung nicht sonderlich grundlegende Veränderungen mit sich brachte.» Bereits 1982 setzte ein internationales Wissenschaftergremium, dem auch Professoren aller Pharmaziebereiche aus der Schweiz angehörten, in «Thesen und Forderungen zu einer zeitgemässen Aus- und Fortbildung» neue Massstäbe für die zeitgemässe Aus- und Fortbildung der Pharmazeuten, welche die Bloch-Kommission 1972 noch nicht voraussehen konnte. Schliesslich gilt es die schon von der Blochkommission als wichtig erachtete Frage nach der optimalen Hochschulstruktur zu beantworten, damit die sich aufdrängende Studienreform möglichst rasch realisiert werden kann. Die Dringlichkeit der vorliegenden Motion geht auch aus der bereits zitierten, vor drei Jahren verfassten Stellungnahme des Schweizerischen Wissenschaftsrates hervor. Dieser schrieb damals: «Viele bereits von der Kommission Bloch aufgeworfene Grundsatzfragen und -problème der Pharmazie-Ausbildung in der Schweiz sind trotz der neuen, aber nur unwesentlich veränderten Verordnung über die Apothekerprüfung nach wie vor offen. Fragen, wie namentlich die nach dem Berufsziel und -bild der angehenden Pharmazeuten, deren Rolle im Gesundheitswesen oder nach dem Verhältnis des Pharmaziestudiums zu den anderen Hochschuldisziplinen scheinen tatsächlich sehr aktuell und dringlich zu sein. Sie sollten daher umgehend von einer interdisziplinär zusammengesetzten Expertengruppe gründlich studiert werden.» Für die Schweiz, als einem der weltweit führenden Pharmazieländer, dürfen nur gerade die besten Pharmazieschulen gut genug sein. Beste Pharmazieschulen verlangt aber auch unser Gesundheitswesen, dem an einer optimalen Arzneimittelversorgung - und dazu zählt auch die Beratung hinsichtlich des bestmöglichen Einsatzes der Medikamente durch den Apotheker - gelegen ist. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Juni 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 1er juillet 1988 Dem Motionär geht es vor allem darum, einen zeitgemässen Anforderungskatalog für das Pharmaziestudium zu erarbeiten, um eine optimale Ausbildung, Lehr- und Forschungstätigkeit in der Schweiz sicherzustellen. Der Wissenschaftliche Beirat des Schweizerischen Apothekervereins hat bereits die neuzeitlichen Apotheker-Berufsbilder (Offizin, Spital, Industrie) analysiert und eine umfangreiche Studie über die Ausbildungsziele der Apothekerstudiums vorgelegt. Eine Expertengruppe für Fragen des Pharmaziestudiums, der Vertreter aller Pharmazieschulen, der Standes- und Berufsorganisationen, des Leitenden Ausschusses für die eidgenössischen Medizinalprüfungen, der Schweizerischen Hochschulkonferenz, des Schweizerischen Wissenschaftsrates, des Wissenschaftlichen Beirates des Schweizerischen Apothekervereins und der betroffenen Bundesstellen angehören, hat die Arbeit inzwischen aufgenommen. In einem ersten Schritt geht es darum, abzuklären, wie eine optimale Lehr- und Forschungstätigkeit auf dem Gebiete der Pharmazie durch die erstmalige Umschreibung der Ausbildungsziele gewährleistet werden kann. Dabei soll insbesondere auch aufgezeigt werden, welche pharmazeutischen Fachbereiche neu in die Studienpläne aufgenommen oder ausgebaut werden müssen. Konkrete Vorschläge für eine Studienreform aufgrund dieser neu formulierten Ausbildungsziele sind auf Ende 1989 zu erwarten. Erst diese breit abgestützten Vorarbeiten werden es ermöglichen, entsprechende Anpassungen der Prüfungsordnung vorzunehmen. Neben dem Anliegen der inhaltlichen Reform des Pharmaziestudiums besteht für unser Land das ebenfalls im erwähnten Bloch-Bericht identifizierte Problem einer zu grossen Zahl von Pharmazieschulen. Im Zusammenhang mit einem Antrag auf Schliessung der Berner Pharmazieschule ersuchte die bernische Erziehungsdirektorin den Vorsteher des EDI letztes Jahr, sich zu dieser Frage zu äussern. In seiner Antwort hat er festgehalten, dass die Zusammenlegung von Pharmazieschulen auch heute noch den besten Weg zur

Verbesserung der schweizerischen Angebote in Lehre und Forschung auf diesem Gebiet und zur optimalen Verwendung der verfügbaren Mittel darstellt. Der Bund als Träger einer eigenen Pharmazieschule und als Subventions-

Motion Rechsteiner 888 N 23 juin 1988 geber für die kantonalen Hochschulen ist bereit, zusammen mit den in dieser Sache zuständigen kantonalen Behörden die Probleme, die sich aus einer allfälligen Schliessung einer solchen Schule ergeben, zu prüfen. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzu- wandeln. Ueberwiesen als Postulat - Transmis comme postulat #ST# 88.392 Motion Ziegler Helmtragspflicht für Motofahrer Port obligatoire du casque pour cyclomotoristes Wortlaut der Motion vom 16. März 1988 30 Prozent der Verkehrstoten und 40 Prozent der Schwer- verletzten sind Zweiradfahrer. Von den Mofafahrern, die an einem Verkehrsunfall beteiligt sind, erleiden 77 Prozent eine Kopfverletzung. Die Mehrzahl der Unfallopfer sind Jugendli- che im Alter zwischen 14 und 20 Jahren. Für Motorradfahrer hat der Bundesrat bereits die Helmtrag- pflicht eingeführt. Wir laden ihn ein, die Helmtragspflicht auf dem Verordnungs- weg auch für Mofafahrer einzuführen, und zwar allgemein oder eventuell nur für Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren. Texte de la motion du 16 mars 1988 30 pour cent des morts de la route et 40 pour cent des blessés graves sont des utilisateurs des deux roues. Parmi les cyclomotoristes - victimes de la route - 77 pour cent sont touchés à la tête. Parmi les victimes, les jeunes de 14 à 20 ans forment la majorité. Le Conseil fédéral a déjà décrété le port obligatoire du casque pour les motocyclistes. Nous invitons le Conseil fédéral à introduire par voie d'or- donnance le port obligatoire du casque pour les cyclomoto- ristes. Subsidiatement: le port obligatoire du casque pour- rait être introduit pour les jeunes de 14 à 20 ans seulement.

Mitunterzeichner- Cosignataires: Aguet, Ammann, Bègue- lin, Bodenmann, Braunschweig, Carobbio, Danuser, Jean- prêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger Moritz, Pitteloud, Ruffy, Stappung, Züger (15) Schriftliche Begründung - Développement par écrit L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 18. Mai 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 18 mai 1988 1. Selon l'article 57, alinéa 5, lettre b, de la loi sur la circula- tion routière (LCR), le Conseil fédéral peut prescrire que les conducteurs et passagers de véhicules à deux roues portent un casque protecteur. Cette compétence s'étend aussi aux conducteurs de cyclomoteurs. 2. Le 14 décembre 1984, le Conseil national a transmis un postulat Zwygart, demandant le port obligatoire du casque pour les cyclomotoristes. 3. Dans le cadre de la révision partielle en cours de diverses ordonnances du droit de la circulation routière, le Départe- ment fédéral de justice et police a mis en discussion, lors d'une procédure de consultation en 1987, la question du port obligatoire du casque pour les cyclomotoristes. 4. Dans sa réponse à la question ordinaire Cavadini, du 17 décembre 1987, concernant la protection des cyclomoto- ristes, le Conseil national a laissé pressentir qu'il pourrait faire part de sa décision à ce sujet en automne 1988. 5. Parmi les diverses variantes actuellement examinées concernant le port obligatoire du casque figure également la solution éventuelle de l'auteur de la motion, laquelle prévoit de faire porter le casque uniquement aux adolescents. 6. Le Conseil fédéral - comme indiqué ce-dessus - étudie déjà actuellement le problème du port obligatoire du casque pour les cyclomotoristes, demandé par l'auteur de la mo- tion. Selon l'article 57, alinéa 5, lettre b, LCR, l'instauration du port obligatoire du casque appartient au domaine de la compétence législative déléguée du Conseil fédéral. Les motions qui visent à obliger le Conseil fédéral à exercer ses compétences dans ce domaine ou à y renoncer sont donc de «fausses motions», autrement dit des postulats. Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. Ueberwiesen ais Postulat - Transmis comme postulat #ST# 88.352 Motion Rechsteiner Publikation von Handänderungen Publication des transferts immobiliers Wortlaut der Motion vom 9. März 1988 Der Bundesrat wird eingeladen, eine Revision von Artikel 970 ZGB in dem Sinne vorzuschlagen, dass die Publikation von Handänderungen von Grundstücken (unter Einchluss des Kaufpreises) wieder möglich wird. Texte de la motion du 9 mars 1988 Le Conseil fédéral est chargé de présenter un projet de révision de l'article 970 CC prévoyant d'en modifier les dispositions de telle sorte qu'il soit à nouveau possible de publier les transferts d'immeubles (avec le prix de vente). Mitunterzeichner - Cosignataires: Ammann, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Béguelin, Borei, Braunschweig, Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Euler, Fankhauser, Fehr, Hafner Ursula, Haller, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger Moritz, Mauch Ursula, Morf, Ott, Pitteloud, Reimann Fritz, Ruffy, Stappung, Ulrich, Zbinden Hans, Ziegler (30) Schriftliche Begründung - Développement par écrit In vielen Kantonen (SG, AI, AR, SO, BS, GÈ, UR, OW) werden die Handänderungen von Immobilien z. T. mit den Kaufpreisen seit Jahrzehnten öffentlich publiziert. Obwohl Artikel 970 Absatz 1 ZGB die Öffentlichkeit des Grundbuchs ausdrücklich vorschreibt, hat das Bundesgericht kürzlich (BGE 112 II 425 ff.) entschieden, dass die Publikation von Grundbuchvorgängen nicht mehr zulässig sei. Der Entscheid ist nicht nur wegen des Eingriffs in eine lange geübte und bewährte Praxis der Kantone fragwürdig, sondern auch wegen der zunehmenden Bodenspekulation und der teilweise alarmierenden Bodenpreissteigerungen unverständlich. Die Transparenz der Vorgänge um den unvermehrba- ren Grund und Boden liegt im öffentlichen Interesse. Die

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion (Hofmann)-Nebiker Pharmaziestudium Motion (Hofmann)-Nebiker Réforme des études de pharmacie In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1988 Année Anno Band II Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 14 Séance Seduta Geschäftsnummer 87.512 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 23.06.1988 - 08:00 Date Data Seite 887-888 Page Pagina Ref. No 20 016 411 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.